

6. Von der Lagerherrschaft zur »Eingeborenenpolitik«

Am 9. Dezember 1904 erreichte Trotha ein Telegramm des Generalstabes, das ihn anwies, fortan »den sich freiwillig stellenden Hereros gegenüber Gnade [zu] üben«, was auf nichts Geringeres hinauslief, als die Proklamation vom 2. Oktober in wesentlichen Teilen zu widerrufen.¹ Die Konzentrationslager bildeten die Lösung für das Folgeproblem, was mit den Herero geschehen sollte, die sich einmal ergeben hatten.² Daher lässt sich die Lagerherrschaft als die Institutionalisierung des Pardons verstehen, den Trotha den Herero zuvor nicht mehr hatte gewähren wollen – ein Umstand, der freilich ein bezeichnendes Licht darauf wirft, wie sich die Deutschen eine »Friedensordnung« und ein weiteres Zusammenleben mit der autochthonen Bevölkerung vorstellten. Doch

- 1 Telegramm Generalstab an Trotha, 8.12.1904, BArch., R1001/2089, Bl. 52. Bülow erfuhr durch einen Bericht Schlieffens vom 23. November 1904 von der Proklamation und der Lage, die diese mitverursacht hatte (BArch., R1001/2089, Bl. 4ff); tags darauf wandte er sich an den Kaiser und bat darum, »dem General vom Trotha telegraphisch aufzugeben, durch eine neue Proklamation den sich unseren Truppen freiwillig stellenden Herero, abgesehen von den unmittelbar Schuldigen und Rädelsführern, das Leben zuzusagen« (BArch., R1001/2089, Bl. 8–11). Bemerkenswerterweise machte Bülow – überhaupt und an erster Stelle – ethische Bedenken geltend, indem er erklärte, die Kriegführung Trothas stehe »im Widerspruch mit den Prinzipien des Christentums und der Menschlichkeit« und mache es ihm zur »Gewissenpflicht«, dagegen einzuschreiten (ebd.). Die zuständigen Behörden in Berlin reagierten umgehend, sowie sie von der Proklamation erfuhr. Trotha sandte Schlieffen am 4.10.1904 einen Bericht, der auch den Text der Proklamation enthielt. Die Postsendung nahm mindestens sechs Wochen in Anspruch, wie Kreienbaum jüngst dargelegt hat; wenn Schlieffen Trotha tatsächlich »gedeckt« haben sollte, dann nur für ein paar Tage (Kreienbaum 2015: 71ff); am 23.11. wandte er sich nämlich an Bülow, der bereits am Folgetag an den Kaiser schrieb, der zwar – Bülow zufolge (1930, Bd. II: 21) – zunächst empört reagierte, aber »nach wenigen Stunden« einlenkte und seine Einwilligung gab, Trotha anzuweisen, die Proklamation zu widerrufen. Weitere Tage vergingen, bis sich Schlieffen und Bülow auf den genauen Wortlaut des Befehls geeinigt hatten (vgl. z.B. Schlieffens Entwurf vom 30.11.1904, R1001/2089, Bl. 14).
- 2 In einem Telegramm vom 11.12.1904 präzisiert Bülow Trotha gegenüber die Vorstellungen Berlins: »Ich bemerke dabei, daß es sich zunächst um Schaffung von Reservaten nicht handelt, sondern um Konzentrationslager für die einstweilige Unterbringung und Unterhaltung der Reste des Herero-Volkes« (BArch., R1001/2089, Bl. 54f.).

auch wenn die Lager keine Instrumente einer genozidalen Vernichtungsstrategie darstellten, nahm das Sterben kein Ende.³ Unter den internierten Herero und Nama war die Sterblichkeit exorbitant. Nach Joachim Zeller starben zwischen Oktober 1904 und März 1907 7682 der 17000 Internierten, also 45,2% der Gefangenen (Zeller 2004: 76).⁴ Auf der berühmten Haifischinsel vor Lüderitzbucht sollen allein zwischen September 1906 und März 1907 1032 von 1795 Internierten gestorben sein.⁵ Doch auch über das Ende der Lagerherrschaft hinaus fanden die Leiden der Herero, nicht zuletzt infolge der Härten der »Eingeborenenpolitik«, kein Ende: Statt sich im »Frieden« zu erholen, schrumpfte die Gesellschaft der Überlebenden weiter, so dass bald Gerüchte von einem angeblichen »Rassenselbstmord« laut wurden (Krüger 1999: 144–155). Der Gewaltprozess war in eine neue Phase getreten, und für diese Phase war eine weitere Akteursgruppe maßgeblich: zivile Beamte.⁶ In Berlin

- 3 Die vorliegenden Betrachtungen schließen sich grundsätzlich der Argumentation Jonas Kreienbaums (2015, 2010) an, die der geläufigen Auffassung widerspricht, welche die Konzentrationslager als Fortsetzung der Vernichtungsstrategie Trothas versteht. Gegen diese Sicht sprechen an erster Stelle die politischen Vorzeichen, unter denen die Lager eingerichtet wurden: Sie waren als Bruch mit der vorgängigen Kriegführung intendiert und wurden auch von Trotha so verstanden. Kreienbaum hat darüber hinaus gezeigt, dass die Lager mit der »Bestrafung«, »Pazifizierung« und »Heranziehung bzw. Erziehung zur Arbeit« drei der Vernichtung entgegengesetzte Funktionen erfüllen sollten; wichtig ist auch der Hinweis, dass die Verantwortlichen auf akute Notstände zu reagieren suchten, dass sie aber mit der Situation überfordert waren (Kreienbaum 2010: 1018ff; 2015: 126ff, 236ff).
- 4 Kreienbaum (2015: 124ff) legt dar, dass diese Zahlen – einschließlich der Mortalitätsraten – wohl nicht korrekt sind. Genaue Zahlen lassen sich gar nicht eruieren. Die Mortalitätsraten könnten deutlich niedriger, aber ebenso gut auch deutlich höher gelegen haben (bei 30 resp. bei 64%).
- 5 14 Lager wurden errichtet, die teilweise auch von privaten Unternehmen geführt wurden; entsprechend unterschiedlich waren auch die Lebensbedingungen der Insassen (vgl. Siebrecht 2014: 97; Kreienbaum 2015: 253f.). Auf solche Details wird im Folgenden nicht eingegangen, sondern vor allem auf die allgemeinen Gesichtspunkte, die auf höheren Ebenen leitend waren, und die Gewaltverhältnisse, die in diesem Lande insbesondere nach dem Krieg bestimmend waren.
- 6 Jürgen Zimmerer (2004a: 10, 13) hat gezeigt, dass die »Eingeborenenpolitik« im Wesentlichen auf vier Beamte zurückzuführen ist: Lindequist, Golinelli, Tecklenburg und Hintrager, die bereits vor den Kriegen in Südwest tätig gewesen waren und nach 1905 die Schlüsselpositionen in Kolonialverwaltung und Reichskolonialamt innehatten. Als maßgeblich für die »Eingeborenenpolitik« macht Zimmerer zu Recht die drei 1907 von Lindequist erlassenen »Eingeborenenverordnungen« aus, durch welche die gesamte »Eingeborenenpolitik« schutzgebietseinheitlich geregelt wurde. Die Akteure

hatte man sich von der Ablösung des Militärdiktators Trotha durch einen Zivilgouverneur eine umfassende »Pazifizierung« der Verhältnisse in Übersee erhofft, doch es kam anders.⁷ Im Folgenden geht es darum zu untersuchen, warum die Gewalt auch unter den neuen Vorzeichen, in den Lagern und darüber hinaus, kein Ende fand.

Der Kurswechsel

Der Befehl vom 8. Dezember 1904 stellt eine grundlegende Zäsur dar, und zwar ungeachtet der Zugeständnisse, die Schlieffen wohl auch deswegen machte, damit Trotha sein Gesicht wahren konnte und das Kommando nicht *sofort* abgeben würde – und sei es nur, um einen Eklat zu vermeiden.⁸ Der Befehl bildete eine Zäsur, weil er die bis dahin sich entfaltende militaristische Logik des »reinen Krieges«, in Trothas Worten:

selbst waren also keinesfalls neu; neu war vor allem, wie diese Gruppe als solche an Profil gewann, indem sie sich von den Militärs abzuheben suchte, und die kolonialen Verhältnisse mehr und mehr nach ihren Vorstellungen ordnete. Eine wichtige Weichenstellung für den wachsenden Einfluss dieser »neuen« Protagonisten ist in Trothas Weigerung zu erblicken, die Verantwortung für die Unterbringung der Gefangenen zu übernehmen, welche Bülow veranlasste, den stellvertretenden Gouverneur Hans Tecklenburg mit den »Verwaltungsdetails und [...] der nächsten Unterbringung der sich ergebenden Herero« zu betrauen (Telegramm vom 11.12.1904, RK an Trotha, BArch, R1001/2089, Bl. 54).

- 7 Der Inspektor der Rheinischen Missionsgesellschaft, Johannes Spiecker, hatte nicht zuletzt aus Briefen und Zeitungsberichten erfahren, dass die Sterblichkeit in den Lagern »ganz entsetzlich« war, und wurde deswegen in Berlin vorstellig. Der Kolonialdirektor Stübel sicherte ihm zu, dass die »Militärdiktatur« bald abgeschafft und ein Zivilgouverneur eingesetzt würde – und dass sich die Umstände dann auch bessern würden (Spiecker an Vedder, 10.5.1905, ELCRN VII.31.1, Bl. 4).
- 8 Ausschlaggebend für Trothas weiteren Verbleib in der Kolonie scheint das Telegramm des Generalstabes vom 12.12.1904 gewesen zu sein, welches den Befehl vom 8.12. präzierte und abmilderte: »Allerhöchst nicht verboten auf Hereros zu schießen, im Gegenteil wird erwartet, daß beabsichtigte Offensive nach Eintritt der Regenzeit ausgeführt wird. Nur Weg der Gnade, der durch Proklamation vom 2. Oktober vollständig geschlossen, soll für diejenigen, welche ihn suchen und nicht verscherzt haben, wieder geöffnet werden. Mittel zur Verbreitung Erlasse dieselben wie am 2. Oktober vorhanden. [...] Generalstab« (BArch., R1001/2089, Bl. 85). Trotha notiert jedenfalls am 13.12.1904 in seinem Tagebuch: »Ich bin doch zu der Überzeugung gekommen, daß die neue Ordre das wieder herstellen soll, was die alte verbumfiedelt hat. Bin sehr erfreut darüber, hätte sonst wohl nicht bleiben können.«

das »Gesetz des Krieges«, suspendierte, bevor resp. *ohne* dass »der Gegner am Boden lag« (Trotha 1909: 1). Die Tage der Militärdiktatur waren gezählt, und Trotha kündigte seinen schnellstmöglichen Abschied an.⁹ Schon bald munkelte man in der Kolonie, dass Bülow ein neues kolonialpolitisches Programm entwickelt hätte, das unter anderem die Ersetzung der militärischen durch eine zivile Oberleitung vorsah.¹⁰ Friedrich von Lindequist wurde rasch als der »neue starke Mann« an der Spitze der Kolonie gehandelt, obwohl sich dessen Amtsantritt noch fast ein Jahr hinziehen sollte.¹¹ Wie Trotha seine Kommandoübernahme an die Bedingung geknüpft hatte, keiner zivilen Behörde unterstellt zu sein, bestand Lindequist umgekehrt darauf, als Gouverneur dem Truppenkommandeur übergeordnet zu sein. Somit war eine Zusammenarbeit von Trotha und Lindequist ausgeschlossen. Der Umstand, dass ein ziviler Beamter, kein Offizier, an die Spitze der Kolonialverwaltung trat, bildete in DSW ein gänzlich neues Novum.¹² Mit Lindequists Einsetzung waren die vormaligen Verhältnisse gleichsam auf den Kopf gestellt: Das Primat des Politischen war etabliert.

Aus der Sicht vieler Zeitgenossen, insbesondere im Schutzgebiet selbst, war dieser Schritt überfällig. Zu lange schon, klagte die *Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung* am 14. Dezember 1904, seien ausschließlich militärische Gesichtspunkte für das »Wie?« der Aufstandsniederschlagung ausschlaggebend gewesen. Sie forderte deswegen, dass die politischen und wirtschaftlichen Aspekte nicht länger außen vor bleiben durften, zumal sie Trotha ein verheerendes Zeugnis ausstellte: Zum einen war nur wenig erreicht worden. Der eigentliche Plan, der die Einschließung der Herero am Waterberg vorsah, hatte »nicht den gewünschten Erfolg« gehabt, und auch im Anschluss war nicht viel zuwege gebracht worden. Die Herero befanden sich jenseits der Reichweite der deutschen Truppen und warteten, so wurde jedenfalls befürchtet, nur die Regenzeit ab, um den Kampf wiederaufzunehmen; derweil konnte noch nicht einmal das rückwärtige Herero-Gebiet als »pazifiziert« gelten. Diesen bescheidenen Erfolgen stand, zum anderen, eine bedenkenlose Verschwendung

9 In Trothas Nachlass findet sich die Abschrift eines Schreibens an den damaligen Chef des Militärkabinetts Dietrich von Hülsen-Haeseler vom 10.12.1904, in dem er diesem schildert, bei einem persönlichen Treffen in Straßburg dem Kaiser das Versprechen abgenommen zu haben, in DSW keiner zivilen Instanz unterstellt zu sein. Dies sei die Bedingung gewesen, unter der er den Posten des Oberkommandierenden angetreten habe.

10 »Aus dem Schutzgebiet«, in: *DSWAZ* vom 14.12.1904.

11 Die *DSWAZ* vom 18.1.1905 berief sich in den Meldungen »Aus Deutschland« auf einen Bericht des *Vorwärts* vom 23.12.1904, wonach Lindequist zur Amtsübernahme grundsätzlich bereit sei.

12 Lindequist war freilich, wie die meisten Mitglieder der »besseren Gesellschaft« jener Tage, Reserveoffizier.

und Zerstörung von Ressourcen gegenüber. Vertreibung und Vernichtung beraubten die Kolonie ihres ganzen »Besitzes«, der »Eingeborenen« und ihres Viehs, was für die Siedler bedeutete, dass die »Schwächung des Feindes auf unsere eigenen Kosten« ging, wie die Zeitung weiter klagte.¹³ Solcherlei Einwände seitens der Siedlerschaft waren nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Angesichts der Bilanz des »Interregnums von Trotha« nimmt es jedenfalls nicht Wunder, dass man es im Schutzgebiet allgemein begrüßte, dass ein »starker«, landeserfahrener ziviler Gouverneur die Regierungsgeschäfte übernehmen sollte. Lindequist wurde schließlich ein überschwenglicher Empfang bereitet,¹⁴ während Trotha »keine Träne« nachgeweint wurde, wie die *Windhuker Nachrichten* versicherten.¹⁵

Den Ausschlag für den Kurswechsel gab wohl vor allem die Lagebeurteilung des Generalstabes, wobei weder die Interessen der Siedler, noch die Zukunft der Kolonie, geschweige denn das Schicksal der Herero eine nennenswerte Rolle gespielt haben dürften. Entscheidend war vielmehr die *militärische* Bewertung des Feldzuges – aber diese fiel nicht besser aus. Zwar billigte Schlieffen Trothas Absichten, gab aber zu bedenken:

»Er hat nur nicht die Macht, sie durchzuführen. Er muß am Westrand der Omaheke stehen bleiben und kann somit die Hereros nicht zwingen, diese zu verlassen. Wenn sie aber freiwillig das Land räumen sollten, so ist damit nicht viel gewonnen. Sie würden vom Betschuanaland aus eine beständige Drohung bilden, falls nicht die Kapregierung sie unschädlich machen sollte und könnte. Es wird daher kaum etwas anderes übrig bleiben, als zu versuchen, die Hereros zur Übergabe zu veranlassen.«¹⁶

Trothas Strategie hatte in eine Sackgasse geführt. Einerseits hatte der General »stehen bleiben« müssen, so dass er nicht mehr imstande war, die Herero aus eigener Kraft zu schlagen oder wenigstens zu »zwingen«, das

13 »Der Aufstand«, in: DSWAZ vom 14.12.1904, S.2.

14 »Ein guter Anfang«, in: DSWAZ vom 29.11.1904, S.1.

15 »Das Interregnum von Trotha – und sein Ende«, in: *Windhuker Nachrichten* vom 2.11.1905. Die Haltung der Siedlerschaft lässt sich getrost als erratisch bezeichnen. Nachdem die Siedler nichts ausgelassen hatten, um Leutwein zu diskreditieren und dessen Ablösung zu beschleunigen, und mit Trotha ein Offizier an die Spitze der Schutztruppe trat, der den Krieg zu führen versprach, den sie verlangten, dauerte es nur wenige Wochen, bis sie sich Leutwein wieder zurückwünschten, der schließlich, wie sie nun beteuerten, »stets das vollste Vertrauen« der Bevölkerung genossen hatte (»Der Aufstand«, in: DSWAZ vom 10.8.1904, S.1). Nachdem die anfängliche Begeisterung für Lindequist verfliegen war, wurde übrigens auch Trotha von der Bevölkerung »rehabilitiert« (Bley 1968: 302).

16 Bericht Schlieffens vom 23.11.1904, BArch., R1001/2089, Bl.5.

Land zu verlassen; andererseits stand die Proklamation, die den Höhepunkt der Entfesselung der Logik des »reinen Krieges« darstellte, einer freiwilligen »Übergabe« der Herero im Wege. Mühlenfels' Klagen vom »Westrand der Omaheke« ließen es zumindest zweifelhaft erscheinen, ob die Truppen dort noch lange würden »stehen bleiben« können: Selbst dies war in der Schwebe. Schlieffen legte Bülow ziemlich offen dar, dass der von Trotha eingeschlagene Weg militärisch nicht mehr weiterführte, und Bülow nahm dies zum Anlass zu versuchen, den Kaiser davon zu überzeugen, den Kurs zu korrigieren.

Aus dem Bericht Schlieffens, der den Anstoß zum Kurswechsel gab, ist zu ersehen, wie wenig dieser Kurswechsel »pazifistisch« motiviert war – ein Umstand, der sich in einer ambigen Haltung vor allem des Generalstabes niederschlug, die dazu beitrug, dass sich vor Ort in der Folge nicht allzu viel ändern sollte. Im Unterschied zu Bülow erhob Schlieffen keinerlei ethische Bedenken, sondern billigte sogar ausdrücklich die extremen Absichten Trothas. Bei Hofe herrschte Unzufriedenheit, da der Krieg in Übersee hohe Kosten verursachte, denen kaum nennenswerte Erfolge gegenüberstanden. Auch die Baronin Spitzemberg, die am Hofe verkehrte, hatte erfahren, dass der Krieg in Südwestafrika »der mörderischste ist, den Deutschland je geführt hat, sintemal jeder fünfte Mann gefallen ist« (Vierhaus 1979: 221). Insgesamt herrschte Unverständnis darüber vor, warum es einer so gut ausgebildeten Armee wie der deutschen derart schwerfallen sollte, scheinbar minderwertige Gegner zu schlagen, die jeweils nur wenige hundert Mann zählten.¹⁷ Der Kaiser reagierte auf die beschämende Diskrepanz von Sollen und Sein mit Verleugnung. Wie bereits erwähnt, wurde die Lage in der Kolonie mit keinem Wort erörtert, selbst wenn er Gäste wie Viktor Franke oder Lothar von Trotha empfing (Vierhaus 1979: 221); offenbar verstimmten diese Kriege Wilhelm so sehr, dass sie in seiner Anwesenheit nicht einmal mehr erwähnt werden durften.¹⁸ Wenn sich Generalstab und Kaiser zu einem Kurswechsel durchrangen, dann nicht, weil sie nun an den militaristischen Prämissen des bisherigen Vorgehens zu zweifeln begannen, sondern viel eher deswegen, weil die fortgesetzten Rückschläge resp. die ausbleibenden Erfolge das militaristisch gespeiste Selbstbild verletzten: Man schlug einen neuen Weg ein, weil man die Niederlagen satt hatte.¹⁹

Trotha sträubte sich gegen die neuen Befehle. Sofort verlangte er, dass ein Gouverneur herausgesandt würde, um dieselben umzusetzen, denn

17 Z.B. Otto Busch, »Deutschlands Kleinkrieg«, Kapstadt, den 27. Januar 1906 (Nr. 14), NAN, A.0529, Bl. 6ff.

18 Tagebuch Stuhlmann, NAN, Private Accessions, A.0109, Bl. 271.

19 Hier liegt eine Analogie zu Bernd Greiners These zum US-amerikanischen Rückzug aus Vietnam. Greiner zeigt, dass die 70% der US-amerikanischen Bevölkerung, die den Krieg schließlich beendet sehen wollten, keineswegs

er lehnte jegliche Verantwortung dafür ab.²⁰ Nachdem der Krieg lange Zeit ausschließlich nach militärischen Gesichtspunkten geführt worden war und nicht zuletzt deswegen in eine Sackgasse eingemündet war, sollte nun ein Zivilgouverneur herausgesandt werden, der den Krieg »abwickeln« und die Verantwortung für den »faulen Frieden« übernehmen sollte, der nunmehr unausweichlich war. Obwohl Schlieffen die Lage aus militärischer Sicht für aussichtslos erklärt hatte und der Kaiser das letzte Wort hatte, stand für Trotha fest, dass ihm der neue, unliebsame Kurs »durch den Erlass des Reichskanzlers [...] vorgeschrieben« war, und er verstieg sich sogar zu der Behauptung, dass es nur an diesem neuen Kurs läge, wenn das rückwärtige Gebiet nun von Herero beunruhigt würde.²¹

Doch so sehr Trotha den Kurswechsel auch dramatisierte, so wenig leitete dieser die Selbstpazifizierung der Kolonialherren ein. Das lag einesteils daran, dass Trotha die unliebsamen Befehle zwar ausführte, aber gleichzeitig nichts unversucht ließ, sie ad absurdum zu führen. Bezeichnend war die Auseinandersetzung um die Kettenhaft: Wenn Trotha den sich ergebenden Herero schon Pardon gewähren musste, wollte er sie zumindest in Ketten legen lassen, was Bülow freilich ablehnte, weil diese Maßnahme dazu angetan schien, den Kerngedanken des neuen Kurses, das Gros der Herero zur freiwilligen Übergabe zu bewegen, zu unterminieren (was dem General nur recht gewesen wäre).²² Dies galt auch für die fortgesetzte Jagd auf Herero, die mit derartiger

eine pazifistische Wende vollzogen hatten, im Gegenteil. Das Selbstbewusstsein der »Victory Culture« war vielmehr ungebrochen – und sorgte gerade dafür, dass die Mehrheit der Bevölkerung dieses Krieges, den man nicht gewinnen konnte, überdrüssig wurde. »Get out or win«, lautete die Losung. Den Ausschlag für den Rückzug gab nicht etwa eine Läuterung, sondern die Weigerung, die Niederlage länger hinzunehmen (Greiner 2007: 545).

20 Telegramm 9. Dezember 1904 (6:40 p.m.), Trotha an Generalstab Berlin, Abschrift an den Reichskanzler: »Allerhöchsten Befehl erhalten. Erbitte Nachricht, ob dieser Erlaß veröffentlicht wird. Habe vom Reichskanzler sofortige Heraussendung neuen Gouverneurs erbeten, da nur er Verantwortung für zukünftige Regelung übernehmen kann. Major v. Estorff angewiesen Hereros davon zu benachrichtigen, daß bei Abgabe von Waffen Verhandlungen angeknüpft werden sollen. Trotha.« (Bl. 55)

21 »Ein Schritt näher zum Ziel«, in: *Windhuker Nachrichten* vom 1.1.1905, S. 2.

22 In einem Telegramm vom 13.1.1905 präzisierte Bülow gegenüber Trotha seine Absicht (BARh., R1001/2089, Bl. 116): »Euerer Exzellenz Befehl, daß alle sich ergebenden Herero an die Kette kommen, kann ich nicht gutheißen, weil damit jede freiwillige Ergebung verhindert wird [...]. Dagegen bin ich der Ansicht, daß die sich ergebenden Herero an verschiedenen Plätzen des Landes in Konzentrationslagern unterzubringen sind und dort unter Bewachung zur Arbeit angehalten werden.«

Brutalität betrieben wurde, dass die Herero den Deutschen und ihren Versprechungen eher noch weniger trauten als bisher und sich die ›Fronten‹ nur weiter verhärteten.²³ Zudem sprach sich die grausame Behandlung, die den Gefangenen in deutschem Gewahrsam zuteilwurde, wohl rasch genug herum, um manch einen Kriegsmüden davon abzuhalten, sich den Deutschen freiwillig zu ergeben. Es kann jedenfalls kaum als Zufall gelten, dass sich knapp 12.000 Herero stellten, nachdem bekannt wurde, dass Trotha das Land verlassen hatte (Erichsen 2005: 40).

Darüber hinaus weichten uneindeutige Signale aus der Metropole, vor allem von Seiten des Generalstabes, den Kurswechsel auf. In einem Telegramm vom 12. Dezember 1904 stellte Schlieffen Trotha gegenüber klar, dass die neuen Befehle keineswegs bedeuteten, dass es »verbieten« sei, »auf Hereros zu schießen«, »im Gegenteil«: Wenn diese keine Anstalten machten, den »Weg der Gnade« zu »suchen«, dann waren sie wie bisher nach Kriegsrecht zu behandeln, zumal ohnehin erwartet wurde, dass Trotha die von ihm »beabsichtigte Offensive nach Eintritt der Regenzeit« wiederaufnehmen würde.²⁴

Da sich aus diesen Gründen nur wenige Herero ergaben, wandelte sich das Antlitz dieses Krieges kaum. Weil das Hauptquartier keinen Hehl daraus machte, dass es die neuen Befehle ablehnte, ist auch nicht davon auszugehen, dass es ernsthafte Versuche unternahm, eigenmächtiges Zuwiderhandeln »von unten« zu ahnden.

Festzuhalten ist: So radikal der Umschwung an sich auch sein mochte, so wenig änderte sich unmittelbar. Zum einen stand der Umschwung grundsätzlich nicht unter ›pazifistischen‹ Vorzeichen, zum anderen wurde er dadurch aufgeweicht, dass die Signale aus der Metropole insgesamt ambigue waren und die neuen Befehle vor Ort auf alte Gewohnheiten stießen, an denen sie sich brachen. Die Umstellung fiel manch einem Militär offenbar schwer. Aber dass die Gewalt kein Ende fand, lag nicht ausschließlich, ja vielleicht nicht einmal in erster Linie an den Militärs.

23 Nach der Missionschronik von Omaruru räumten Offiziere selbst ein, dass die Aufhebung der Proklamation und die Art, wie sie selbst auf ihren Patrouillen vorgingen, miteinander unverträglich seien. Indem sie Siedlungen überfielen, die Bewohner erschossen oder erhängten, bestätigten sie nur die Befürchtungen der Herero und hielten diese endgültig davon ab, sich den deutschen Truppen zu ergeben. Der Weg des Pardons fand bei den Militärs überhaupt »wenig Anklang und Billigung« (ELCRN, V.23.1, Bl. 305–308).

24 BArch., R1001/2089, Bl. 85.

Die Ideologisierung der Lagerherrschaft

Bemerkenswerterweise waren es in den Folgejahren eher Militärs, die für eine Begrenzung, und umgekehrt zivile Beamte, die für die Entgrenzung der Gewalt eintraten, oder anders gesagt: Im Weiteren stellten die Radikalität und Intransigenz der zivilen Beamten die der Militärs noch in den Schatten.

Die in der zweiten Jahreshälfte von 1904 im Süden des Schutzgebietes ausgebrochenen Kämpfe waren verlustreich und führten auch zu keinen raschen, spektakulären Erfolgen. Nach der Erfahrung eines Regimentsadjutanten betrugen die Verluste auf deutscher Seite »das 3–4 fache wie bei den Hottentotten«, die sich einmal mehr als zähe und äußerst gewandte Gegner erwiesen (Schauroth 2008: 126). Diese bedienten sich konsequent einer Guerilla-Kriegführung, weswegen ein Ende der Kämpfe nur schwer abzusehen war. Manch eine Gruppe zog sich immer wieder hinter die Grenze auf britisches Gebiet zurück, und ihre Versorgung mit Waffen und Munition war trotz des guten Willens der britischen Behörden kaum zu unterbinden. Dies alles bewog einen erfahrenen und landeskundigen Offizier wie Estorff, der schon im Herero-Feldzug für Mäßigung eingetreten war, sich für einen Verhandlungsfrieden auszusprechen, in der Hoffnung, so auch die weiteren noch im Felde stehenden Gruppen zur Niederlegung der Waffen zu veranlassen. Doch sahen sich solche Vorschläge und erst recht Vorstöße von Militärs dem erbitterten Widerstand der Verwaltung ausgesetzt. Während die Militärs bereit waren, sich mit bescheideneren Zielen zufrieden zu geben, beharrte insbesondere Gouverneur Lindequist darauf, die Kämpfe bis zur Vernichtung des Gegners fortzuführen, um den Aufständischen nur keine Zugeständnisse machen zu müssen.

Lindequist hatte die Amtsgeschäfte in DSW kaum aufgenommen, als Ende 1905 ein Streit mit den Obersten Estorff und Dame entbrannte.²⁵ Der Streit entzündete sich an einem Friedensschluss mit den Witbooi-Oorlam, der dadurch zustande gekommen war, dass Estorff dem Gegner Konditionen gewährt hatte, die von den Vorgaben Lindequists abwichen. Umgehend wandte sich der Gouverneur an die vorgesetzten Stellen in Berlin. Mit scharfen Worten klagte er die Eigenmächtigkeiten der Militärs an und ließ sich bestätigen, dass er in solchen politischen Fragen als Gouverneur das letzte Wort hatte. Aber das Primat des Politischen, das Lindequist erstritt, stand keineswegs im Dienste der Gewaltbegrenzung.

Tatsächlich hatte sich Estorff über die Maßgaben des Gouverneurs hinweggesetzt. Letzterer hatte auf Friedensbedingungen wie Arbeit ohne

25 Oberst Dame führte interimsmäßig das Kommando über die südwestafrikanische Schutztruppe, nachdem Trotha den Posten geräumt hatte.

Lohn, Hinrichtung der »Mörder«, Verbot von Eigentum und militärische Bewachung bestanden. Aus Sicht der Militärs waren diese Bedingungen zu hart, weil sie eine »schwere Demütigung für die Rebellen« darstellten, die kaum von diesen akzeptiert und den »Kleinkrieg und das Räuberwesen im Witboiland verlängern« würden.²⁶ Nur durch das Abrücken von Lindequists Friedensbedingungen, gaben die Offiziere zu bedenken, sei es gelungen, die Witbooi zur Übergabe zu bewegen und so auch die Weichen für weitere Friedensschlüsse zu stellen. Lindequist lehnte diese Überlegung allerdings rundweg ab: Er verlangte die Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Vernichtung, um die Witbooi unter die von ihm gestellten Bedingungen zu zwingen. Zu Zugeständnissen war er nicht bereit.²⁷

Der Dissens blieb allerdings nicht nur auf eminent politische Fragen wie Friedensschlüsse beschränkt, sondern erstreckte sich auch auf eher alltägliche Probleme wie die Behandlung von »Kriegsgefangenen«. Offenbar war der neue, 1906 ins Land kommende Kommandeur der südwestafrikanischen Schutztruppe, Berthold Deimling, vom Kaiser instruiert worden, den Kriegszustand in DSW um jeden Preis – und das bedeutete *nunmehr*: auch durch Verhandlungen – zu beenden (Zirkel 2006: 93); dennoch entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass ein »Säbelrassler« wie Deimling, der selbst vor dem Reichstag keine Gelegenheit ausgelassen hatte, gegen den angeblichen »Humanitätsdusel« jener Tage zu polemisieren (Deimling 1906: 13), sich gegenüber »Rücksichten der Humanität«, sofern sie »ohne Gefährdung der Sicherheit des Schutzgebietes zulässig« schienen, »nicht verschließen zu sollen« glaubte – und bei Lindequist auf taube Ohren stieß.²⁸ Jegliche Maßnahme, die auf die Besserung der Lage der Gefangenen zielte, sah sich dem Widerstand von Seiten der Zivilverwaltung ausgesetzt.

In seinem Schreiben vom 30. August 1906 machte sich Deimling für Estorffs Vorschlag stark, den Resten der Gruppen, die noch in den Lagern darbt, Reservate zuzuweisen. Die Kolonialabteilung in Berlin erwartete einen raschen Abbau der Schutztruppe; da die Überwachung von Gefangenen einen hohen personellen Aufwand verursachte, rückten die Lager in den Fokus des Kommandeurs. Insbesondere auf der Haifischinsel waren die Lebensverhältnisse der Internierten so schlecht, dass eine weitere Nutzung des Lagers ausgeschlossen schien. Da eine

26 NAN ZBU 2369, Bl. 17ff.

27 Dass Estorff als Offizier den Witbooi-Führern sein Wort gegeben hatte, schaffte Fakten, über die sich weder die Behörden in Berlin noch Lindequist allzu offensichtlich hinwegsetzen konnten, aber Lindequist tat alles, um die Vereinbarung zu hintertreiben. Die Witbooi-Oorlam wurden schließlich auf die Haifischinsel geschafft, wo sie fast vollständig ausgelöscht wurden; da sich Estorff an sein Wort gebunden fühlte, holte er die Reste von der Insel, sowie er das Kommando über die Schutztruppe übernommen hatte.

28 NAN ZBU 2369, Bl. 99f..

Deportation der Überlebenden in andere Kolonien nicht mehr in Frage kam, hielt Deimling die Schaffung von Reservaten für angezeigt, zumal diese einen Anreiz für die noch im Felde stehenden Gruppen darstellen mochten, ihre Waffen endgültig niederzulegen.²⁹ Die Bekämpfung der Bondelswart-Nama gestaltete sich nach wie vor so schwierig, dass man dringend Argumente benötigte, um sie zum Einlenken zu bewegen.³⁰ Lindequist wollte von diesem Vorschlag jedoch nichts wissen, wie er in seinem Schreiben vom 12. September 1906 klarstellte.³¹

Auch als Deimling, dem Ratschlag eines Missionars Folge leistend, dem Gouvernement am 19. Februar 1907 vorschlug, zumindest alle Frauen und Kinder von der Haifischinsel ans Festland zu schaffen, ließ mit Oskar Hintrager ein weiterer Beamter nichts unversucht, dies zu verhindern.³² Kurz nachdem Estorff von dem scheidenden Deimling das Kommando über die Schutztruppe in DSW übernommen hatte, ließ er das Lager auf der Haifischinsel schließen und die Gefangenen ans Festland bringen, weil er, wie er dem Gouvernement am 8. April 1907 schrieb, nicht die Verantwortung für den weiteren Verbleib der Internierten auf der Insel übernehmen wollte, der »gleichbedeutend damit ist sie langsam aber sicher dem Tode zu zuführen«. Auch dieser Vorstoß Estorffs stieß auf den erbitterten – dieses Mal allerdings erfolglosen – Widerstand Hintragers.³³

29 Wie bereits erörtert, handelte es sich bei den Reservaten um eine zweischneidige Einrichtung. Einerseits schränkten ihre engen Grenzen die autochthone Bevölkerung erheblich ein, wie Larissa Förster (2010: 43) zu Recht unterstreicht; andererseits bildeten sie aber auch ein »Stammesland«, das nicht an Weiße veräußert werden durfte (Leutwein 1906: 266ff). Unter den gegebenen Umständen – das Land der aufständischen Gruppen wurde ansonsten enteignet – verbürgten Reservate einen letzten Rest von Selbständigkeit und intermediärer Herrschaft der autochthonen Führer. Aus diesem Grunde lehnte Trotha – wie auch Lindequist – Reservate kategorisch ab (vgl. Telegramm Trotha an Reichkanzler, 9.12.1904, R1001/2089, Bl. 53f.), denn seine Kriegführung zielte darauf, alle Reste von Selbständigkeit zu beseitigen. In diesen Sinne wurden nach den Aufständen – hier war u.a. Tecklenburg federführend – die bereits bestehenden Reservate eingezogen und durch das Modell der »Lokation« ersetzt, das bedeutet, indigene Siedlungen, die sich in der Nähe von Orten befanden, an denen Arbeiter gebraucht wurden, und die ohne »traditionelle« Herrschaftsstrukturen auskommen sollten (NAN ZBU, D.IV.1.2: Herero-Aufstand 1904. Feldzug; Politisches. Bd. 4: Oktober 1904–Dezember 1905, Bl. 34).

30 NAN ZBU 2369, Bl. 93f.. Schauroth (2008: 132) schrieb mit Blick auf diesen Konflikt an seinen Vater: »wir wollen uns das nur zugestehen – wir müssen ja eigentlich Frieden bekommen«.

31 NAN ZBU 2369, Bl. 95f.

32 Vgl. Hintragers Replik vom 22.2.1907 (NAN ZBU 2369, Bl. 98f.)

33 NAN ZBU 2369, Bl. 105.

Festzuhalten ist: Nach dem Ende der Militärdiktatur waren es Militärs, die – aus welchen Gründen und in welchem Umfang auch immer – auf die Begrenzung der Gewalt hinzuwirken suchten und dabei durchweg auf den Widerstand der zivilen Beamten stießen. Mochte es sich um Versuche handeln, durch Gewährung ›milder‹ Bedingungen den Krieg durch einen Friedensschluss zum Ende zu bringen, anstatt ihn bis zur Vernichtung auszufechten; mochte es sich um Vorstöße handeln, die darauf zielten, den Vernichtungsdruck auf Frauen und Kinder oder gar ganze Gruppen zu lockern – immer versuchte die Verwaltung, diese Vorhaben zu durchkreuzen, und oft genug war ihr dabei Erfolg beschieden. Daher ist zu klären, was die zivilen Beamten antrieb, so zu handeln.

Lindequist antwortete am 12. September 1906 auf Deimlings Vorschlag, dass er die Schaffung von Reservaten für »politisch [...] gefährlich« hielt und deswegen ablehnte. Dabei betonte er, dass die »Überleitung« der Internierten zu »freierer Lebensführung« »ohne Schade für das Schutzgebiet nur ganz allmählich erfolgen« und nicht übereilt werden durfte. Aus seiner Sicht war es »unbedingt notwendig«, dass »[j]eder Hottentottenstamm [...] längere Gefangenschaft durchmachen u[nd] aus seinem Lande verpflanzt werden« musste.³⁴

Damit schrieb Lindequist – wie auch Hintrager und Tecklenburg – der Lagerherrschaft eine eigenständige Bedeutung, ja Selbstzweckhaftigkeit zu, die der militärischen Auslegung der Lagerherrschaft zunächst noch fremd gewesen war. Bemerkenswerterweise war für Trotha vor allem entscheidend sicherzustellen, dass von den Gefangenen keine Gefahr mehr ausging und deren Verwahrung den Fortgang der Operationen nicht behinderte.³⁵ Bald wurde Trotha bewusst, dass die Kriegsgefangenen zwangsweise zur Arbeit herangezogen werden und so einen Beitrag zur Kriegführung leisten konnten. Als ab Oktober 1904 auch der Süden des Schutzgebietes im Krieg zu versinken begann und die Schutztruppe weiter aufgestockt wurde, war der Bedarf an Arbeitskräften größer denn je, und die Lager bildeten ein Reservoir an Zwangsarbeitern.³⁶ Die Sicht der Militärs auf die Lager blieb allerdings vergleichsweise pragmatisch.

34 NAN ZBU 2369, Bl. 95f.

35 Trotha betrachtete die Konzentrationslager zunächst als lästigen Oktroi. Da die Bewachung der Gefangenen Personal band, befürchtete er, dass so die Fronttruppen weiter geschwächt und die Operationen behindert werden könnten (vgl. Telegramm Trothas an den Generalstab, 24.1.1905, BArch., R1001/2089, Bl. 128f.).

36 Die Privatwirtschaft war durch den Mangel an günstiger Arbeitskraft teilweise zum Erliegen gekommen und war auf Unterstützung durch die Regierung angewiesen. Allein in Swakopmund fehlten Anfang 1905 »festgestelltermaßen 300 arbeitsfähige Eingeborene zur Aufrechterhaltung [der] Betriebe«. Trotha sagte Hilfe zu, betonte aber, dass militärische Belange Vorrang hätten (NAN ZBU D.IV.L.3, Bd.1, Bl. 29f.).

Die Lager waren zunächst nicht mehr als die Lösung eines Folgeproblems der aus Berlin verordneten Strategie: Zwar hatte Trotha keinerlei Skrupel, die indigene Arbeitskraft auszubeuten, aber in dem Augenblick, als die Insassen nicht mehr arbeitsfähig waren und auch keine Gefahr mehr darstellten, sah er keinen Grund mehr, sie länger in Gefangenschaft zu halten. Im Gegensatz zu manch einem Zivilbeamten später zögerte er nicht, die Arbeitsunfähigen an die Mission zu überstellen.³⁷

Die Gedankengänge der zivilen Beamten standen in einem weiteren Horizont, sie waren grundsätzlicher und längerfristig ausgerichtet als diejenigen der meisten Militärs. Die akademische Ausbildung, welche sie den Militärs voraus hatten, disponierte sie in besonderer Weise zur Theoretisierung und Ideologisierung von Problemen. Deswegen sträubten sie sich gegen allzu pragmatische Lösungen der Militärs auch dann noch, als solche Lösungen von der Metropole ausdrücklich gewollt waren. Militärs wie Trotha hatten allein die Metropole und ihre Eliten als die eigentlichen Klienten ihrer Kriegführung und Politik betrachtet; dagegen suchten sich die Beamten nun als Sachwalter der Interessen der Kolonie zu profilieren und scheuten dabei auch nicht Auseinandersetzungen mit der Metropole.

Die Beamten waren sich nur allzu bewusst, dass die meisten Militärs nur so lange im Lande blieben, wie dort Krieg herrschte, und sich nur wenig Gedanken um die Zukunft der Kolonie über den Krieg hinaus machten, zumal diese als Gewaltexperten von Haus aus besonders die militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung im Blick hatten. Dabei wollten es die Beamten nicht belassen, denn aus ihrer Sicht reichte es nicht, den Aufstand niederzuschlagen; vielmehr galt es, auch dafür zu sorgen, dass er sich nicht wiederholen würde.

Die eigentümliche Entgrenzungstendenz, die von den Beamten ausgeht, wird auch aus deren Stellung im Gewaltprozess resp. aus dem Zeitpunkt ihres Eintritts in denselben erklärlich.

Ich rekapituliere: Von Anfang an herrschte in Kolonie und Reich Konsens darüber, dass den Aufständischen ein »Denkzettel« zu verpassen war, »den sie auf Generationen hinaus nicht vergessen« würden.³⁸ Diese Aufgabe zu erfüllen, fiel Trotha zu, nachdem Leutwein dazu nicht imstande oder willens schien, aber Trothas Feldzug scheiterte. Zwar waren die erzielten Erfolge durchaus hinreichend, um den Widerstandswillen des Gegners zu brechen, und hätten auch in eine Übergabe münden können, wäre die deutsche Führung nur gesprächsbereit gewesen, aber Trothas Ziele waren andere, und diese hatte der General klar

37 Vgl. das Schreiben Trothas vom 10. März 1905 (NAN ZBU D.IV.L.3, Bd. 1).

38 »Koloniales«, in: *Tägliche Rundschau* vom 6.3.1904, BArch. R1001/2112, Bl. 169.

verfehlt: Die tatsächlichen Erfolge blieben weit hinter den ursprünglichen Zielsetzungen und Erwartungen zurück. Dabei darf man auch nicht vergessen, dass die Operationen nur deswegen abgebrochen wurden, weil die deutschen Truppen nicht mehr weiterkonnten. In Parenthese gesagt, unterstrich dieser Umstand eindrucksvoll, dass die Deutschen nicht einmal unter äußersten Anstrengungen in der Lage waren, das Territorium zu kontrollieren, das sie formell beanspruchten. Jedenfalls war es ihnen nicht gelungen, den ersehnten Beweis der Stärke und Überlegenheit zu erbringen, schlimmer noch, Verlauf und Ausgang des Feldzugs konnten allzu leicht als Ausweis von Unvermögen und Schwäche interpretiert werden. Schlieffen hatte selbst die Befürchtung geäußert, dass man sich mit den »entsetzlichen Drohungen der Trotha'schen Proklamation vom 2. Oktober«, die »vergeblich« blieben, weil man den Herero »nicht das Mindeste« antun konnte, nur »lächerlich« gemacht habe.³⁹ Umso schwerer kam den Beamten nun ihre Aufgabe vor, den Übergang in eine auf Dauer tragfähige Friedensordnung zu meistern. Sie glaubten, erst das nachzuholen zu müssen, was die Militärs »verbummelt« hatten, um einen Ausdruck Trothas zu gebrauchen, oder mehr noch, die Scharte des militärischen Versagens auszuwetzen.⁴⁰ Die gleiche Scham, die schon Trotha zu immer skrupelloserem Vorgehen angetrieben hatte, wirkte fort und bewog die nun verantwortlichen zivilen Beamten, auch dann noch Intransigenz und Härte gegen die Indigenen hervorzukehren, als die Metropole, der Misserfolge, Verluste und Kosten müde, pragmatische, vergleichsweise moderate Lösungen ermutigte.

Folgender Passus aus der Feder Hans Tecklenburgs ist für die Begründung der Lager und ihrer Funktion von zentraler Bedeutung. Er nimmt Bezug auf den Vorschlag, Kühe zu schlachten, um die Notlage der gefangenen Herero zu lindern – einen Vorschlag, den Tecklenburg ablehnt:

39 Chef des Generalstabes an Reichskanzler, Berlin, 16.12.1904, BArch., R1001/2089, Bl. 108.

40 In einem Bericht vom 15. Oktober 1904 gab Hans Tecklenburg zu bedenken, dass selbst dann, wenn der Aufstand dereinst als niedergeschlagen gelten könne, keine Sicherheit für »Leben und Gut« der Siedler eingekehrt sei: »Unser Prestige ist bei den Eingeborenen, das Prestige des weißen Mannes, ist rettungslos dahin. Unsere Feinde haben zu oft Gelegenheit gehabt, ihre Stärke [...] unseren Truppen gegenüber zu erproben. Unsere eingeborenen Hilfskräfte haben zu oft die Unbeholfenheit des weißen Neulings erleben (?) können.« Offenbar hatte der Kriegsverlauf aus Tecklenburgs dazu geführt, dass Gefühle der »Achtung und Unterwürfigkeit [...] nicht mehr jedem weißen Mann schlechthin entgegengebracht« würden (»Auszug aus jüngst zugegangenen Berichten über die Lage der Kriege in Südwestafrika«, Berlin, 24.12.1904, BArch., R1001/2089, Bl. 105f.).

»Je mehr das Hererovolk am eigenen Leibe nunmehr erst die Folgen des Aufstandes empfindet, desto weniger wird ihm auf Generationen hinaus nach einer Wiederholung des Aufstandes gelüsten. Unsere eigentlichen kriegerischen Erfolge haben geringeren Eindruck auf sie gemacht. Nachhaltigere Wirkung verspreche ich mir von der Leidenszeit, die sie jetzt durchmachen, ohne mit dieser Meinungsäußerung übrigens eine Lanze für die Proklamation des Generalleutnants v. Trotha vom 2.X. d. J. brechen zu wollen. Wirtschaftlich bedeutet der Tod so vieler Eingeborener allerdings einen Verlust. Die kräftige Natur des Hererovolkes wird jedoch die Lücken bald wieder auffüllen, und die künftige Generation wird, vielleicht vermischt mit etwas Bergdamarabul, die heilsame Unterordnung unter die weiße Rasse mit der Muttermilch eingesogen haben. Im übrigen wird das Mögliche zur Linderung der Notlagen der Gefangenen geschehen.«⁴¹

Zu dieser Passage seien drei Anmerkungen gemacht. Wenn Tecklenburg schreibt, dass die »*eigentlichen* kriegerischen Erfolge [...] geringeren Eindruck« auf die »Eingeborenen« gemacht haben und er sich von ihrer »Leidenszeit« in den Konzentrationslagern eine »[n]achhaltigere Wirkung« erhofft, macht er, *erstens*, klar, welchen Stellenwert die Lagerherrschaft nunmehr besitzt:⁴² Nachdem der eigentliche Feldzug Trothas buchstäblich im Sande verlaufen war, soll sie das Versäumte nachholen. Das impliziert – *zum anderen* – auch, dass die Lager für Tecklenburg die Fortsetzung des Krieges mit anderen, »uneigentlichen« Mitteln bildeten. Schließlich unterstreicht Tecklenburg selbst, dass dieser Form der Lagerherrschaft etwas Maßloses und Überschießendes zugehört, das in einfachen Zweck-Mittel-Überlegungen nicht voll aufgeht. Aus diesem Grunde müssen wir uns auch versehen, die südwestafrikanischen Konzentrationslager auf ihre offiziell proklamierten *Funktionen* zu reduzieren (wie Kreienbaum 2010, 2015: 120–145). Nicht zufällig kommt Tecklenburg auf Trotha zu sprechen und verspürt das Bedürfnis, sich von dessen Vernichtungsstrategie – deren autotelischer Charakter ja unmittelbar evident ist – zu distanzieren, denn auch seiner Lesart der Lagerherrschaft eignet ein autotelischer Zug. Zwar geht es ihm, mit Sémelin zu reden, nicht so sehr um Ausrottung, als um Unterwerfung und Herrschaft, aber er redet einer Grausamkeit das Wort, die sich, um abermals Trotha (1909: 1) zu zitieren, über alle »kleinlichen Bedenken« und Rücksichten hinwegsetzt. Dass diese Grausamkeit unter wirtschaftlichen Aspekten »einen Verlust« darstelle, liegt offenbar auf der Hand, stellt aber kein Hindernis dar.

41 NAN ZBU D.IV.L.3, Bd. 1, Bl. 61ff.

42 Bei diesen Annahmen über die Wahrnehmungen der Indigenen handelt es sich vor allem um eigene Befürchtungen und Projektionen; diese waren nichtsdestotrotz wirksam (NAN ZBU D.IV.L.3, Bd. 1, Bl. 62).

In die gleiche Kerbe schlägt Hintrager, als er begründet, warum er Deimlings Vorschlag, zumindest Frauen und Kinder von der Haifischinsel ans Festland zu bringen, ablehnt:

»Allein bei der Gefährlichkeit dieses Gegners [die Witbooi-Oorlam, MH] können uns, ins solange die Besiedlung des Landes so dünn ist, m.E. nur ganze Maßregeln nützen, es sei denn, daß wir gewillt und in der Lage sind, dauernd eine größere Truppenzahl im Lande zu halten. Diese Erwägungen sind m.E. z.Zt. gewichtiger als die Rücksicht auf den gegenwärtigen Mangel an eingeborenen Arbeitskräften im Lande und als Gründe der Humanität. England hat es um seiner Herrschaft in Südafrika willen für unvermeidlich erachtet, 20000 Frauen und Kinder während einer sehr langen Gefangenschaft in den Konzentrationslagern sterben zu sehen.«⁴³

Hintrager wusste ebenso gut wie Tecklenburg, wie dringend die Kolonialwirtschaft der indigenen Arbeitskraft bedurfte. Je ausgeprägter das Bewusstsein war, von den Indigenen abhängig zu sein, so will es scheinen, desto größer die Bereitschaft – wenn nicht das Bedürfnis –, den blutigen Beweis zu erbringen und den Indigenen vor Augen zu führen, dass sie nicht zählten und verzichtbar waren. Selbst wenn es den Kolonialherren in erster Linie um Unterwerfung und Herrschaft ging, ließe sich mit Bley (1968: 298) – in leicht verändertem Kontext – sagen, dass die »Machtbehauptung« stets bis zu dem Grade »Vorrang« genoss, dass man im Zweifelsfalle die autochthone Bevölkerung auch hätte zugrunde gehen lassen. Die »Machtbehauptung« war, mit Hintrager zu reden, »gewichtiger als die Rücksicht auf den gegenwärtigen Mangel an eingeborenen Arbeitskräften im Lande und als Gründe der Humanität«.

In den Lagern waren die »Eingeborenen« den Weißen ausgeliefert: den einstigen Opfern der Überfälle, die noch eine Rechnung offen hatten, und den Soldaten, die ihnen vergeblich nachgejagt waren. Damit waren die Lager immer auch Räume der ungezügelten Rache- und Unterwerfungsphantasien der unteren Chargen der kolonialen Gesellschaft (siehe auch Kreienbaum 2015: 258–60). Sexuelle Gewalt war an der Tagesordnung (Erichsen 2005: 46f., 68, 86f., 122). Schon vor dem Krieg hatte sie ein massives Problem dargestellt, nicht zuletzt – wenn auch freilich nicht in erster Linie – für die Behörden, welche die Gewalt »von unten« nicht in Griff bekamen; wie gesehen, hing der Entschluss der Herero, zu den Waffen zu greifen, aufs engste mit dieser ausufernden Gewalt zusammen (dazu auch Hartmann 2007, 2002). Im Feldzug konnte sich das Problem weiter zuspitzen, auch weil es zu wenig als Problem wahrgenommen

43 NAN ZBU 2369, Bl. 98f. [Herv. i.O.].

wurde; in diesem Kleinen Krieg wurden Frauen, mehr oder weniger stillschweigend, als legitimes Ziel der Gewalt angesehen. Wie Isabel Hull (2005: 150f.) gezeigt hat, erreichten in der Truppe die Quoten der Infektion mit Geschlechtskrankheiten schwindelerregende Höhen und waren – charakteristischerweise – bei den Front- noch bedeutend höher als bei Etappentruppen. Sexuelle Gewalt war offenbar Bestandteil der entgrenzten Kriegführung, und die Lagerherrschaft tat ihr keinen Abbruch. Die Lager bilden eine eigene Ordnung neben dem »normalen« Rechtssystem, in der die Internierten unter stets prekären Umständen und ohne Rücksicht auf elementare Rechte gefangen gehalten werden (Kotek/ Rigoulot 2001: 11). Sie befinden sich in einem »Niemandland«, in das weder Gesetze noch Menschen vordringen, sondern nur Henker und Opfer, die, wie Olga Wormser-Migot betont, allein den Regeln des sich dort etablierenden »tödlichen Spiels« unterworfen sind (ebd.: 13). Die militärische Führung hatte es seit jeher verpasst, auf die Einhaltung rechtlicher und soldatischer Normen zu drängen, und hatte die »Disziplin« schleifen lassen; diesen Mannschaften war nun das Leben der Insassen anvertraut. War die Lage der autochthonen Bevölkerung schon vor dem Krieg drückend, wurde sie nun angesichts der *völligen* Rechtlosigkeit und Ohnmacht, in der sie sich befanden, noch schwerer. Die Wachmannschaften machten mit den Ansiedlern gemeinsame Sache, so dass manchenorts Abend für Abend regelrechte »Jagden« auf die Insassen veranstaltet wurden, die anschließend als Gespielinnen verschleppt wurden.⁴⁴ Aus diesem Grunde wurde den Weißen sehr bald der Zutritt zu den Lagern – zumindest zu bestimmten Zeiten – untersagt.⁴⁵ Ob dieses Verbot angesichts der Komplizenschaft von Ansiedlern und Wachleuten konsequent durchgesetzt wurde, darf allerdings bezweifelt werden.

Die Behandlung der Internierten insgesamt war ausgesprochen harsch. Auch Frauen und Kinder waren nicht von Zwangsarbeit und Schlägen ausgenommen (vgl. Siefkes 2013: 180). Schon vor den Aufständen waren die Beziehungen zwischen weißer und autochthoner Bevölkerung vielfach von Gewalt geprägt. Wie bereits erörtert, reklamierten die Siedler im Umgang mit den »Eingeborenen« nichts weniger als ein Recht auf Willkür, das allein dazu angetan schien, ihrem Herrenbewusstsein Genüge zu tun. Im Zuge des Aufstandes wurde diese Herrenrolle behördlich bestätigt, indem etwa in Swakopmund *jedem* Weißen polizeiliche Befugnisse gegenüber »Eingeborenen« zugesprochen wurden. Im

44 Vgl. den als »streng vertraulich« gekennzeichneten Bericht der Mission vom 19. 5. 1906 (VEM, RMG 2.660 6/05, Bl. 28).

45 Die *Windbucker Nachrichten* druckten am 1.4. die Verordnung vom 25.3.1905 ab, die besagte, dass das »Betreten der hiesigen Eingeborenen-Werften [...] der weißen Bevölkerung in der Zeit von 6 abends bis 6 Uhr morgens bis auf weiteres untersagt« war. Bei Zuwiderhandlungen wurde mit empfindlichen Geld- oder Haftstrafen gedroht.

Landesinneren waren Standgerichte gang und gäbe, die auf eigene Faust mit angeblichen »Mördern«, »Marodeuren«, »Plünderern« oder »Spionnen« kurzen Prozess machten. Die militärische Führung unternahm zwar Versuche, die Gewalt »von unten« einzudämmen, aber diese Versuche waren halbherzig und daher zum Scheitern verurteilt. Die Tatsache, dass der von einem Soldaten an dem südafrikanischen Transportfahrer James verübte Mord mit lediglich sieben Wochen Arrest bestraft wurde, zeigte einmal mehr, wie wenig ein »schwarzes« Menschenleben in jeden Tagen wert war, und konnte kaum zur Abschreckung dienen.⁴⁶ Hinzu kam der Umstand, dass spätestens mit Trothas Proklamation alle Herero der Sache nach für »vogelfrei« erklärt worden waren (Kößler/ Melber 2005: 49), was besagte, dass man mit diesen nach Belieben verfahren konnte. Auch das Ende des Krieges führte zu keiner Selbstpazifizierung auf Seiten der Weißen. Ungeachtet des Bruches mit der vorhergehenden Kriegsführung, den die Einrichtung der Lager nach dem Willen der Berliner Spitzen eigentlich markieren sollte, änderten sich die Gewohnheiten »an der Basis« kaum. Auf höherer Ebene mochten Zielsetzungen wie die Ausbeutung der Arbeitskraft oder die Disziplinierung der »Eingeborenen« ausgegeben werden; unter den gegebenen Umständen war Arbeit kaum dazu angetan, die Internierten zu zuverlässigen Arbeitern zu erziehen, sondern nur ein weiteres Mittel ihrer Terrorisierung.

Jenseits der Lager

Je mehr man der indigenen Arbeitskräfte bedurfte, desto mehr galt es herauszustreichen, dass die künftige Zusammenarbeit an der Entwicklung der Kolonie in keiner Weise auf Gleichberechtigung hinauslief.⁴⁷ Man ging von einer radikalen, bis auf weiteres nicht zu überbrückenden Ungleichheit von Herrschenden und Beherrschten aus und machte sich daran, diese Ungleichheit mehr und mehr zu institutionalisieren und zu

46 Der Frachtfahrer James war auf einem Transport erkrankt; als er zurückblieb, wurde er laut Zeugen kurzerhand von einem Soldaten erschossen. Das Auswärtige bestritt in seinem Schreiben vom 21.4.1906 den Vorwurf nicht, sondern bestätigte, dass der betreffende Soldat am 16.12.1904 in dieser Sache verurteilt worden sei – zu sieben Wochen Haft (KAB GH 35/157: »Treatment of Natives in G.S.W.A. 1905«, »Ill-Treatment of 3 Natives in G.S.W.A. 1905–1906«). Ein ähnlicher Fall ereignete sich auch im Lager auf der Haifischinsel. Der Aufseher Benkesser gab mehrere Schüsse auf eine kranke Herero-Frau ab, die er anschließend liegen ließ, damit sie verblutete. Solche Fälle lösten bei den zuständigen Offizieren vielleicht Empörung aus, blieben aber in der Regel folgenlos (s. Kuhlmanns Bericht über eine Reise nach Lüderitzbucht, 10.8.1905, VEM, RMG 1.644a, Bl. 33ff).

47 »Mutterland und Kolonie« (Teil IV.), in: DSWAZ, 1.8.1906, No.35, S.1.

verfestigen. Je ohnmächtiger die Lage, in der sich »Eingeborenen« im Zuge der Kriege befanden (und je weniger sie eine objektive Bedrohung darstellten), desto unerbittlicher der Rassismus, den die Kolonialherren in ihrem Versuch hervorkehrten, die neuen Machtverhältnisse auf Dauer zu stellen: Dafür sorgte die »Eingeborenenpolitik«, die den Rassismus institutionalisierte.⁴⁸ Im Zuge der »genozidalen Pazifizierungskriege« und der derweil implementierten »Eingeborenenpolitik« wurde »Deutsch-Südwestafrika« zu einem »offen rassistischen Regime« (Fredrickson 2011: 25).

Von Siedler-Seite hegte man immer schon Vorbehalte gegenüber der Mission, die in Übersee Christen zu »erschaffen« suchte, insofern also einen stärker assimilatorischen Ansatz verfolgte und die von der kolonialen Gesellschaft reklamierte Ungleichheit gerade zu unterminieren resp. zu überbrücken suchte.⁴⁹ Man befürchtete, dass die Christianisierung in den »Eingeborenen« »Begriffe von Gleichheit und Menschenwürde« weckte, die zur kolonialen Hierarchie querstanden,⁵⁰ ja dass sie die Bekehrten »zur Überhebung, zur Anmaßung und zur Verweigerung des Gehorsams« verleitete,⁵¹ und gab zu bedenken, dass dies alles nicht im Interesse der Weißen liege.⁵² Wenn überhaupt, konnte eine Christianisierung

48 Zimmerer macht auf die Kontinuitäten der »Eingeborenenpolitik« aufmerksam, die nicht erst unter dem Eindruck der Aufstände entwickelt wurde, sondern konzeptionell weit davor zurückreichte. Ungeachtet dieser Kontinuitäten, die Zimmerer personell an wichtigen Protagonisten wie Lindquist, Golinelli, Tecklenburg oder Hintrager festmacht, bedeuten die Kriege eine Zäsur, indem sie die Implementierung einer direkteren Form der Herrschaft erleichterten und die stete Radikalisierung der Politik begünstigten. Folgenden Überlegungen Zimmerers (2004a: 32) ist beizupflichten: »Die tatsächlich praktizierten Maßnahmen, von der Inhaftierung von Afrikanern in Arbeitslagern über ihre Deportation bis zu willkürlichen Erschießungen, ließen alle vorher noch bestehenden »Rücksichtnahmen« verschwinden und die radikalsten weißen Positionen handlungsbestimmend werden. Dabei wurden auf deutscher Seite die letzten Tabus darüber gebrochen, was hinsichtlich der indigenen Bevölkerung zulässig sei. Durch seine enormen Opfer auf afrikanischer Seite schuf der Krieg zudem die Voraussetzungen dafür, daß eine am »grünen Tisch« entworfene Politik nun ohne Einschränkungen praktiziert werden konnte.«

49 Aus der Sicht der Siedler war es Zweck der Kolonisierung, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern (»Zur Eingeborenenfrage, I.«, in: *DSWAZ*, 22.9.1906, No. 50, S. 1), während die Sorge um die »Eingeborenen« (um deren Seelenheil oder Interessen) bestenfalls nachrangig war.

50 »Vortrag des Herrn Erdmann – Haris. Windhuk, 1.6.1905«, in: *Windhuker Nachrichten* vom 15.6.1905, Nr. 12, 3. Beilage.

51 »Zur Missionsfrage«, in: *DSWAZ* vom 2.8.1905, Nr. 31, S. 2.

52 »Vortrag des Herrn Erdmann – Haris. Windhuk, 1.6.1905«, in: *Windhuker Nachrichten* vom 15.6.1905, Nr. 12, 3. Beilage.

erst »nach Jahrhunderten« der Knechtschaft vollzogen werden.⁵³ Bis auf weiteres, so die Folgerung, sollte alles so bleiben, wie es war.

Die Forcierung der Politik der Rassentrennung, die dafür sorgen sollte, dass die dogmatisch behaupteten Unterschiede und Hierarchien niemals wieder verwischt würden, fällt noch in die Zeit der Lager – die letzten sollten erst 1908 geschlossen werden; sie lief auf das hinaus, was später »Apartheid« heißen sollte. An dieser Stelle sei – freilich vereinfachend – unter »Eingeborenenpolitik« das Gesamt an politischen Maßnahmen verstanden, die auf dieses Ziel gerichtet waren (s. dazu Zimmerer 2004a, Kundrus 2003).⁵⁴

Die Lebensumstände der Indigenen blieben indes auch außerhalb der Lager drückend. Manch ein neu ins Land gekommener Beamter störte sich noch daran, dass die »Eingeborenen« stets nur »wie [...] Vieh« behandelt wurden und sich die »größten Schimpfwörter und Anreden, ohne jeden Grund«, gefallen lassen musste.⁵⁵ Schon als Kinder waren die Weißen daran gewöhnt, die Afrikaner mit »verwerfliche[n] Schimpfwort[n]« und »unangebrachten Tätlichkeiten« zu bedenken.⁵⁶

Noch Jahre nach dem Aufstand, als die Herero längst am Boden lagen sowie enteignet und entrechtet der vollständigen Auflösung entgegensehen, wurden die Zeitungen nicht müde zu fordern, dass die Weißen uneingeschränkt Herren und die »Eingeborenen« »unbedingt Unterworfen« sein müssten.⁵⁷ Dies unterstreicht nochmals die Maßlosigkeit der weißen Herrschaftsphantasien. Vor den Kriegen liefen diese Forderungen meist noch auf konkrete militärische Ziele hinaus; immerhin ging von den politisch selbständigen Gruppen, die unter Waffen standen, zumindest eine theoretische Gefahr aus.⁵⁸ Aber die Forderungen klangen auch dann nicht ab, als alle diese Ziele längst erreicht waren, sondern

53 Ebd.

54 Für die Segregation war das 1905 erlassene »Mischehen«-Verbot zentral war, dem eher herrschaftssichernde als rassenhygienische Überlegungen zugrunde lagen (Kundrus 2003: 222ff). Darüber hinaus wurden Weiße, die mit »farbigen« Frauen verheiratet waren, aus Vereinen ausgeschlossen; »halbweiße Kinder« durften keine Kindergärten oder Schulen mehr besuchen (Häussler / Trotha 2012b: 300). Schließlich wurden sogar all diejenigen Männer, die mit indigenen Frauen zusammenlebten, vom aktiven und passiven Wahlrecht zu den Selbstverwaltungsorganen ausgeschlossen (Zimmerer 2011: 104). Wer als »Eingeborener« zu gelten hatte, entschied sich nach der »One-drop«-Regel.

55 Vgl. das Schreiben des Bezirksamtmanns von Omaruru an den Gouverneur vom 27.5.1913, zit. n. Zollmann 2011: 282.

56 Schreiben des Gouverneurs Theodor Seitz an die Regierungsschulen vom 5.6.1913, zit. n. Zollmann 2011: 282f..

57 »Mutterland und Kolonie« (Teil IV.), in: DSWAZ, 1.8.1906, No.35, S.1.

58 »Zur augenblicklichen Lage«, in: DSWAZ, 5.1.1904, Nr.1, S.1.

steigerten sich unaufhörlich: Die Unterwerfung, auf die sie drängten, war eben »unbedingt« und grenzenlos. Dies zeigt deutlich, dass der »Rassenkampf« – sofern er nicht auf die Ausrottung, sondern auf die Beherrschung resp. Knechtung der Unterlegenen abhob – einen permanenten Kampf darstellte, der sich tendenziell verschärfte und immer weitere Lebensbereiche erfasste, auch und gerade dann, als der offene Widerstand der »Eingeborenen« erloschen war. Misshandlungen und Beschimpfungen waren ebenso ein Teil dieses »Kampfes« wie die geforderten diskriminierenden gesetzlichen Regelungen.

Von Seiten der Behörden geschah die längste Zeit sehr wenig, um die- sen Missständen abzuhelpfen. Insbesondere außerhalb der Städte, auf den Farmen, gebärdeten sich die Siedler wie »kleine Könige« und duldeten keine behördliche Einflussnahme (zit. n. Zollmann 2011: 275). Erst zum Ende der deutschen Herrschaft über Südwestafrika unternahmen die Behörden erste Versuche, die staatliche Rechtshoheit auch außerhalb der Städte zu behaupten, indem sie Farmer für Verbrechen an indigenen Arbeitern belangten (Bley 1968: 295f.). Es kann kaum verwundern, dass die »Eingeborenen« auch im »Frieden« einen auffallend »niedergedrückten und unfrohen Eindruck« machten, die der Staatssekretär Wilhelm Solf feststellte (zit. n. Zollmann 2011: 244). So erholten sich die Herero auch nach dem Krieg kaum, ja schrumpfte ihre Gesellschaft sogar weiter.

Estorff, ein tief religiöser Mann, der sich stets für Mäßigung eingesetzt hatte, betrachtete den Umgang mit der autochthonen Bevölkerung als eine einzige »Versündigung«, an der »fast die ganze Kolonistenbevölkerung teilhatte«, und wollte darin den Grund dafür erblicken, warum man im Weltkrieg die Kolonie so rasch verlor: »Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher« (Estorff 1979: 118).